15.08.2019

Kleine Anfrage 2865

des Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer SPD

Führt die Neuregelung des KiBiz zu Beitragssteigerungen für tausende Familien?

Die Landesregierung hat dem Landtag mit dem „Gesetz zur qualitativen Weiterentwicklung der frühen Bildung“ einen Vorschlag vorgelegt, der die Strukturen des bestehenden KiBiz weitestgehend fortschreibt. Allerdings gehören dazu Veränderungen bei der Bemessung von Elternbeiträgen bei der Kindertagespflege und in Kindertageseinrichtungen. In Paragraph 51 (4) des Gesetzesentwurfes heißt es: „Die Höhe und Staffelung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und für Kindertagespflege sollten einander entsprechen.“ Im Kreis Kleve will der Landrat dieser „rechtlichen Vorgabe folgend keine unterschiedlichen Elternbeiträge“ für den Besuch von Kindertagespflege und Kindertageseinrichtungen mehr erheben und die Kosten der Kindertagespflege entsprechend erhöhen. In ganz Nordrhein-Westfalen werden mehr als 62.000 Kinder allein im U3-Bereich und mehr als 4.400 Kinder im Ü3-Bereich in der Kindertagespflege betreut. Für viele von ihnen könnten sich negative Folgen aus der Gesetzgebung ergeben. Umgekehrt gibt es auch Jugendämter die günstigere Beiträge für den Kita-Besuch vorsehen. Auch sie könnten den Gesetzestext als Begründung für Beitragssteigerungen heranziehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Warum sieht die Landesregierung in der Frage der Gleichartigkeit von Höhe und Staffelung der Elternbeiträge in Kindertagespflege und in Kindertageseinrichtungen Regelungsbedarf?
2. In welchen Jugendämtern weicht bei vergleichbarer Betreuungszeit der Elternbeitrag für die Kindertagespflege vom Elternbeitrag in Tageseinrichtungen ab?
3. Wie juristisch bindend ist eine Formulierung, die davon spricht, dass die Elternbeiträge in den unterschiedlichen Betreuungsformen einander entsprechen „sollten“?

Datum des Originals: 13.08.2019/Ausgegeben: 15.08.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

4. Welche Gestaltungsspielräume haben Jugendämter aktuell und künftig, wenn sie für die Kindertagespflege höhere oder niedrigere Beiträge als für Kindertageseinrichtungen erheben wollen?
5. Aus welchen Jugendamtsbezirken sind der Landesregierung Überlegungen über eine Anhebung der Elternbeiträge bekannt?

Dr. Dennis Maelzer